

Gewinne = Investitionen = Arbeitsplätze?

Die Unternehmensgewinne sind in den zurückliegenden drei Jahrzehnten stetig gestiegen, die Arbeitslosigkeit allerdings auch. Der Wirtschaftswissenschaftler Gerd Bosbach streut deshalb Zweifel an einer gängigen ökonomischen These, die auch die wichtigste politische Leitlinie in Frage stellt.

Berlin - Gerd Bosbach hatte einen Verdacht. Den Verdacht, auch Politiker könnten irren. Und handele es sich auch um einen Altkanzler wie Helmut Schmidt (SPD), also noch dazu einen, der als ausgesprochen kompetent gilt, nicht zuletzt in Fragen der Volkswirtschaft. Schmidt hatte 1974 behauptet, „die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“. Das klingt plausibel, findet Bosbach. Aber als Professor für Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung fragte er sich, ob diese oft wiederholte und für selbstverständlich wahr gehaltene Grundannahme der Wirtschaftswissenschaft wie der Politik eigentlich wirklich stimmt.

Und weil Bosbach von Haus aus Wissenschaftler ist, hat er sich mit dem Röntgenblick des Statistikers das Zahlenskelett der Wirklichkeit angeschaut und ist zu dem Ergebnis gekommen: Die Unternehmensgewinne sind in den zurückliegenden drei Jahrzehnten stetig gestiegen – die Arbeitslosigkeit allerdings auch. Das aber bedeute nun nichts anderes, sagt Bosbach, als dass der behauptete Zusammenhang zwischen Gewinnen, Investitionen und Arbeitsplätzen so nicht richtig sei. Oder besser, genauer gesagt: Er sei zwar nicht falsch, vor allem gelte die Umkehrung, ohne Gewinne keine Investitionen und ohne Investitionen keine Arbeitsplätze – aber es sei doch offenbar so, dass die These „mindestens einseitig“ ist, sagt Bosbach. „Sie erfasst nicht die ganze Wirklichkeit.“

Weil sie aber, obwohl offenbar „eher ein Glaubensdogma als eine wissenschaftlich bewiesene Tatsache“, das Handeln von Unternehmen und Bundesregierungen wesentlich mitbestimmt, wollte Bosbach es genauer wissen. Und hat nachgefragt. Nachfragen lassen. Bei denen, die es wissen müssen, den großen Wirtschaftsforschungsinstituten und Dachverbänden der Arbeitgeber. Da Gewinne, Investitionen und Arbeitsplätze von der Wirtschaftsstatistik gemessen werden, müsste, so Bosbachs Erwartung, der Zusammenhang leicht belegbar sein.

Er beauftragte seinen Studenten Thomas Schneider, sich darum zu kümmern. Der wandte sich mit einem Schreiben an Institute und Verbände: „Ich bin Student am RheinAhrCampus in Remagen: Bei meinen Recherchen im Rahmen einer wirtschaftspolitischen Arbeit wären Sie mir sehr behilflich, wenn Sie mir mitteilen könnten, ob Ihnen Studien bekannt sind, welche sich möglichst umfassend mit den Auswirkungen von unternehmerischen Gewinnen

auf deren Investitionstätigkeit und in der Folge auf die Schaffung von Arbeitsplätzen beschäftigen.“

Das Ergebnis hat das neugierige Forscher-Duo überrascht. „Die Rückmeldungen waren – vorsichtig ausgedrückt – bemerkenswert“, sagt Bosbach dem Tagesspiegel. Manche, wie das Ifo-Institut, hätten gar nicht reagiert, andere nicht viel Klärendes beitragen können. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft aus Köln schrieb: „Eine Studie, die direkt Ihr Thema betrifft, ist mir nicht bekannt.“ Dass Essener Forschungsinstitut RWI konstatierte, „mit Unternehmensgewinnen, Investitionen, Schaffung und Arbeitsplätzen ist allerdings ein sehr komplexes Thema angesprochen, das Sie in dieser Form zumeist nicht fertig aufbereitet vorfinden werden“. Insgesamt, sagt Bosbach, könnte sich der Eindruck ergeben, „dass eines der Grundprinzipien, auf denen unsere Wirtschaftspolitik basiert, anhand von Fakten nie überprüft wurde“.

In einer Gesellschaft, in der „tagtäglich Dutzende statistische Erhebungen als Beleg für fast alles herangezogen werden“, sollte ausgerechnet „die wichtigste wirtschaftspolitische Leitlinie nie auf dem Prüfstand gestanden haben?“ Das halte er denn doch für „sehr unwahrscheinlich“, sagt Bosbach: „Eine Lüge.“

Von, wie er unterstellt, interessierter Seite. „Ein Blick auf die Daten der vergangenen 30 Jahre zu Gewinnen und Arbeitslosigkeit lässt eher vermuten, dass die Ergebnisse den Lobbyisten der Wirtschaft einfach nicht passten.“ Für die Schaffung von Arbeitsplätzen nämlich könnten Aufträge – sprich die Nachfrage – wichtiger sein als Gewinne, die investiert werden. Wer das ernst nähme, müsste allerdings eine andere Politik machen. Eine, die nicht nur auf gute Rahmenbedingungen für Unternehmer abziele, etwa durch Steuersenkungen oder die Forderung nach Lohnzurückhaltung. Sondern eine, deren vornehmstes Ziel es wäre, die Kaufkraft der Bürger zu stärken. Dafür fehle es aber derzeit offenbar an durchsetzungsfähigen Fürsprechern

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 17.08.2008)